

UDC 347.637

DOI <https://doi.org/10.32782/npuuola.v36.2025.11>*L. A. Kondratjewa*

DAS SORGERECHT DES VATERS FÜR EIN KIND ALS VERSUCH, SICH WÄHREND DES KRIEGES DEM WEHRDIENST ZU ENTZIEHEN

Problemstellung. Eines der drängendsten Probleme in der Ukraine ist der Schutz der Kinderrechte, insbesondere in Kriegszeiten. Der Schutz der Rechte des Kindes wird durch eine Reihe von Maßnahmen gewährleistet, zu denen auch der Entzug der elterlichen Rechte von Eltern gehört, die sich ihrer Pflicht zum Unterhalt und zur Erziehung ihrer Kinder entziehen. Solch ein moralisch schwieriges Verfahren für Eltern und Kinder ist während des Krieges leider aufgrund der Möglichkeit der Umgehung des Militärdienstes zu einem häufigen Phänomen geworden.

Analyse aktueller Forschungen und Publikationen. Die theoretische Grundlage für die Abfassung des Artikels bildeten die Arbeiten namhafter Spezialisten auf dem Gebiet des Familien-, Zivil- und Zivilprozessrechts. Die Besonderheiten des Verfahrens zum Entzug der elterlichen Rechte, des Mechanismus der Vollstreckung von Gerichtsentscheidungen in diesen Fällen wurden wiederholt in den Werken von S.S. Bychkova, M.V. Logvinova, V.P. Myronenko, O.V. Rozgon, T.S. Naniwska, O.M. Kucherenko, K. Romanko K., M. Menzhul, I.V. Zhilinkova, Z.V. Romovska und anderen Spezialisten auf diesem Gebiet festgestellt. Im Allgemeinen sehen Wissenschaftler den Entzug der elterlichen Rechte eindeutig als eine Möglichkeit, die Rechte und Interessen des Kindes zu schützen. Die Bestimmung der Zugehörigkeit der Institution, ein Kind den Eltern wegzunehmen, bleibt umstritten, da die Meinungen der Wissenschaftler zu diesem Thema geteilt sind. Einige glauben, dass der Entzug der elterlichen Rechte ein Maß für die familiäre Verantwortung der Eltern für die unsachgemäße Erfüllung ihrer Pflichten ist. Andere vertreten den Standpunkt, dass der Entzug der elterlichen Rechte eine Maßnahme zum Schutz des Kindes ist. Umstritten ist auch die Frage nach der Rechtsnatur der Sanktion in Form des Wegnehmens eines Kindes von den Eltern. Eine Reihe von Wissenschaftlern neigen zu der Annahme, dass eine Sanktion in Form des Wegnehmens eines Kindes von den Eltern aufgrund des schuldhaften Verhaltens der Eltern möglich ist. Der Autor verteidigt die Position, dass diese Sanktion sowohl bei schuldhaftem als auch bei unschuldigem Verhalten der Eltern möglich ist. Gleichzeitig sollte eine solche Sanktion durch die reale Situation in der Familie gerechtfertigt sein und nicht durch die Möglichkeit, sie zu benutzen, um den Vater des Kindes während des Krieges von der Mobilmachung zu befreien.

Formulierung des Zwecks des Artikels. Mit dem vorgeschlagenen Artikel soll auf das Problem hingewiesen werden, das Verfahren des Entzugs der elterlichen Rechte, insbesondere der Mutter des Kindes, zu nutzen, um sich dem Wehrdienst des Vaters des Kindes zu entziehen.

Präsentation des Hauptmaterials. Der Entzug der elterlichen Rechte und dementsprechend das Herausziehen eines Kindes von einem Elternteil im Zusammenhang mit Artikel 162 des Strafgesetzbuches der Ukraine ist in erster Linie ein Mittel zum Schutz der Rechte und Interessen des Kindes, in dessen Zusammenhang das Gericht in jedem Fall das positive Ergebnis für das Schicksal des Kindes, das eintreten sollte, ermitteln und richtig bewerten sollte, jedoch unter Berücksichtigung des Rechts jedes Elternteils und seines gewissenhaften Verhaltens, um die Rechte des Kindes und jedes einzelnen von ihnen zu respektieren [1]. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellt fest, dass die Beurteilung der allgemeinen Verhältnismäßigkeit jeder Maßnahme, die zum Bruch der familiären Bindungen führen kann, von den Gerichten verlangt, eine Reihe von Faktoren sorgfältig zu prüfen, die je nach den Umständen des jeweiligen Falles unterschiedlich sein können. Es muss jedoch bedacht werden, dass das Wohl des Kindes äußerst wichtig ist und eines besonderen Schutzes bedarf.

Der Entzug der elterlichen Rechte ist eine schwere Strafe für die Nichterfüllung der elterlichen Pflichten und eine dringende Notwendigkeit in Fällen, in denen das körperliche, moralische und seelische Wohlergehen des Kindes gefährdet oder bedroht ist. Dieses Verfahren bietet die Möglichkeit, die Rechte, Interessen und die umfassende und volle Entwicklung des Kindes zu schützen. Auf der anderen Seite weist die staatliche Verurteilung des Verhaltens der Eltern auf deren Fehler hin, bietet eine Anleitung zur Korrektur und die Möglichkeit, das Kind in die Familie zurückzugeben. Der Entzug der elterlichen Rechte ist auch präventiv, was es anderen Eltern ermöglicht, ihre Beziehung zu ihren Kindern zu überdenken und den Weg der Korrektur einzuschlagen, um eine vollwertige Familie zu erhalten [2]. Und ist es im Interesse des Kindes, zu versuchen, seiner Mutter nur die elterlichen Rechte zu entziehen, um dem Vater zu helfen, sich dem Wehrdienst zu entziehen, d.h. seiner Pflicht, das Vaterland zu verteidigen? Hier ist es notwendig, die Meinung von S.S. Bychkova zu berücksichtigen, die betont, dass der Entzug der elterlichen Rechte immer soziale, rechtliche und psychologische Folgen sowohl für das Kind als auch für seine Eltern, alle Familienmitglieder, Verwandten und andere der Familie nahestehende Personen nach sich zieht. Die Folgen des Entzugs der elterlichen Rechte für einen oder beide Elternteile können psychische Traumata sein, die Unmöglichkeit einer vollen, harmonischen persönlichen und sozialen Entwicklung [3].

Teil 4 des Artikels 23 des Gesetzes der Ukraine «Über die Mobilmachung, Ausbildung und Mobilmachung» vom 21. Oktober 1993 in der geänderten Fassung [4] enthält eine Bestimmung, nach der Männer und Frauen, die Kinder unter 18 Jahren alleine erziehen, während der Mobilmachung nicht als wehrpflichtige Personen zum Militärdienst verpflichtet sind. Gemäß Artikel 26 des Gesetzes der Ukraine «Über den Wehrdienst und den Wehrdienst» [5] ist einer der Gründe für die Entlassung aus dem Militärdienst sowohl für Mobilisierte als auch für Personen, die sich aufgrund eines Vertrags im Krieg befinden, die selbständige Erziehung eines Kindes (von Kindern) unter 18 Jahren. Die Bestätigung dieser Tatsache kann ein Beweis dafür sein, dass der Vater/die Mutter eines minderjährigen Kindes keinen ordnungsgemäßen

Unterhalt und keine angemessene Erziehung durchführt. Folgende Umstände können diese Tatsache belegen: 1. Es liegt eine gerichtliche Entscheidung vor, die über den Entzug der elterlichen Rechte des Vaters / der Mutter des Kindes in Kraft getreten ist; 2. der Mutter/dem Vater das Kind wegzunehmen, ohne dass die elterlichen Rechte durch eine gerichtliche Entscheidung entzogen werden; 3. Tod der Mutter/des Vaters; 4. Anerkennung des Vaters / der Mutter als vermisst oder für tot erklärt aufgrund einer Gerichtsentscheidung; 5. Für eine alleinerziehende Mutter – Eingabe von Informationen über den Vater gemäß Art. 135 UWC 6. Es gibt eine gerichtliche Entscheidung, um die Tatsache einer selbständigen Erziehung (Selbstausschluss der Mutter von der Kindererziehung) festzustellen. Eine solche Aufzählung der Umstände für die Befreiung vom Wehrdienst ist erschöpfend. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die geltende Gesetzgebung keinen freiwilligen Verzicht auf die elterlichen Rechte in Bezug auf ein Kind durch die Mutter / den Vater vorsieht und daher nicht als Recht auf Entlassung aus dem Militärdienst angesehen werden kann. In jedem Fall sollten sich die Gerichte bei Entscheidungen über diese Kategorie von Fällen auf die Notwendigkeit konzentrieren, das Kind vor Gefahren zu schützen, und auf den Nachweis der Parteien, dass eine solche Gefahr tatsächlich besteht. Tatsachen, die eine Erziehung und Unterhaltspflicht des Kindes bestätigen, müssen durch das schuldhaft Verhalten der Eltern bestätigt werden, d. h. die bewusste Vernachlässigung der elterlichen Pflichten durch die Eltern oder einen von ihnen muss vor Gericht nachgewiesen werden.

Wie aus der gerichtlichen Praxis hervorgeht (Beschluss des Obersten Gerichtshofs vom 13.06.2018 auf der Grundlage der Ergebnisse der Prüfung des Falles Nr. 822/2446/17), beweist die Auflösung der Ehe zwischen den Ehegatten und die Begründung des Wohnsitzes des Kindes beim Kläger, die die Verpflichtung des Vaters zum Unterhalt und zur Erziehung des Kindes vorsieht, nicht die Tatsache, dass die Mutter nicht an der Erziehung des Kindes teilgenommen hat. Diese Position des Gesetzes beweist, dass nur eine gerichtliche Entscheidung über den Entzug der elterlichen Rechte eines Elternteils eine Bestätigung der Tatsache ist, dass der andere Elternteil das Kind selbstständig erzogen hat.

Es ist auch zu beachten, dass die nationale Gesetzgebung den Begriff des «alleinerziehenden Vaters» nicht enthält, aber der Oberste Gerichtshof hält es für möglich, die Analogie des Begriffs «alleinerziehende Mutter» auf solche Elternteile anzuwenden, die in Absatz 9 des Beschlusses des Plenums des Obersten Gerichts vom 06.11.92, Nr. 9 «Über die Praxis der Prüfung von Arbeitsstreitigkeiten durch Gerichte» [6] erwähnt wurde. Es kann also davon ausgegangen werden, dass für die Erlangung des Status eines «alleinerziehenden Elternteils» zwei Voraussetzungen erforderlich sind: nicht in einer eingetragenen Ehe zu leben und ein Kind von einem Elternteil zu erziehen und zu unterhalten, d.h. ohne Beteiligung der Mutter am Leben des Kindes. Das heißt, wir sprechen über die Tatsache, dass der Vater des Kindes der einzige Vormund des Kindes ist. Es sei daran erinnert, dass solche Kategorien von Fällen nicht nur im Rahmen von Anspruchsverfahren entschieden werden. Um die Tatsache einer selbständigen Erziehung durch

den Vater des Kindes zu bestätigen, gibt es eine gerichtliche Entscheidung, mit der die rechtliche Tatsache der selbständigen Erziehung des Kindes durch den Vater des Kindes festgestellt wird.

Die Beteiligung der Vormundschafts- und Pflschaftsbehörden ist bei der Entziehung der elterlichen Rechte und bei der Bestimmung des Wohnsitzes des Kindes zwingend vorgeschrieben, da andernfalls eine gerichtliche Entscheidung, die unter anderem auch die Frage des Wohnsitzes des Kindes regelt, jedoch ohne Beteiligung der Vormundschafts- und Pflschaftsbehörden, nicht als gerichtliche Entscheidung über die Bestimmung des Wohnsitzes des Kindes angesehen werden kann.

Nach der Gerichtspraxis waren vor dem vollständigen Einmarsch Russlands in die Ukraine Gerichtsentscheidungen über den Wohnsitz eines Kindes bei einem Elternteil im Falle einer elterlichen Scheidung äußerst selten. Im Jahr 2019 gab es zum Beispiel nur 589 Entscheidungen in dieser Kategorie von Fällen, von denen 133 zugunsten der Eltern ausfielen. Seit dem Ausbruch des Krieges im Jahr 2022 ist die Zahl der Gerichtsentscheidungen über das Zusammenleben und den Unterhalt des Kindesvaters auf 859 gestiegen. Richtungsweisend war das Jahr 2023, als die Zahl dieser Entscheidungen 2708 erreichte. Zunächst wurde der Alarm – wenig überraschend – von Journalisten ausgelöst, die über den ICTV-Sender Fakty den Vorsitzenden des Ausschusses der ukrainischen Anwaltskammer, die Rechtsanwältin O. Sibirtseva, zu dem Schema befragten, mit dem sich Männer der Mobilisierung entziehen, indem sie den Frauen das Recht auf Elternschaft vorenthalten, was diese bestätigten [7]. Es gibt auch Prozesse, in denen Männer bei Gericht beantragen, dass ihnen das Recht eingeräumt wird, alleiniger Vormund eines gemeinsamen minderjährigen Kindes zu sein, wodurch der Mutter des Kindes die Möglichkeit genommen wird, das Kind zu erziehen; die Zahl der so genannten Scheinscheidungen hat zugenommen, nach denen Männer auf der Grundlage eines Gerichtsbeschlusses zu Alleinerziehenden werden. Wenn man die rechtliche Natur solcher Fälle untersucht, kann man leicht zu dem Schluss kommen, dass in der überwiegenden Mehrheit der Fälle die Ehegatten in geheimer Absprache handeln. Es gibt auch Fälle, in denen Männer versuchen, ihre Ex-Frauen wegen minderjähriger Kinder zu verklagen. Analysiert man solche Handlungen von Männern, kann man zu dem eindeutigen Schluss kommen, dass eine Klage, mit der einer Mutter die elterlichen Rechte entzogen werden sollen, dazu dient, minderjährige Kinder für mögliche Auslandsreisen zu nutzen, um sich dem Militärdienst zu entziehen. Der Oberste Gerichtshof hat diese Kategorie von Fällen rechtlich bewertet und die „Besonderheiten bei der Beilegung von Familienstreitigkeiten unter dem Kriegsrecht“ vom 20. Februar 2024 [9] veröffentlicht. In der Online-Veranstaltung referierte Richterin Olha Stupak über familiäre Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Mobilmachung und der Befreiung von der Mobilmachung, wobei sie feststellte, dass sich die betreffenden Fallkategorien in Bezug auf den sachlichen Inhalt verändert haben. Als Beispiel nannte der Richter die Entscheidung der Zivilkassationskammer des Obersten Gerichtshofs vom 29. November 2023 in der Rechtssache Nr. 607/15704/22. So hatte der Vater in seiner Klageschrift angegeben, dass die Beklagte während des Krieges mit ihrem minderjährigen Sohn nach

Polen gezogen sei, wo sie inoffiziell gearbeitet und ihren minderjährigen Sohn zur Arbeit herangezogen habe. Im September 2022 ließen sich der Kläger und die Beklagte scheiden und schlossen eine notarielle Vereinbarung über die Bestimmung des Aufenthaltsortes des Kindes, den Unterhalt und die Erziehung durch den Vater. Der Oberste Gerichtshof stellte fest, dass die Gerichte der ersten und der zweiten Instanz zu Recht zu dem Schluss gekommen sind, dass es keinen Grund gibt, der Beklagten ein so extremes Maß an Einflussnahme wie den Entzug ihrer elterlichen Rechte aufzuerlegen. Die Klägerin konnte nicht nachweisen, dass die Beklagte ihre elterlichen Pflichten gegenüber ihrem minderjährigen Sohn, mit dem sie in Polen lebt, vorsätzlich verletzt hat. Gleichzeitig stellte der Oberste Gerichtshof fest, dass die Gerichte ihre Entscheidung nicht auf die Tatsache stützen können, dass die Beklagte den Anspruch anerkannt hat, ohne die tatsächlichen Umstände des Falles zu prüfen. Die Anerkennung eines Anspruchs muss nämlich durch rechtliche Gründe für seine Erfüllung gestützt werden.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Männer sich nicht nur in Gerichtsverfahren, sondern auch in getrennten Verfahren an das Gericht wenden, indem sie einen Antrag auf Anerkennung der Tatsache der unabhängigen Erziehung eines minderjährigen Kindes durch den Vater stellen. In dem Antrag machte der Vater geltend, dass die Feststellung einer solchen Tatsache erforderlich sei, damit er einen Aufschub der Mobilisierung erhalte. Der CCC des Obersten Gerichtshofs verwies die Rechtssache an die Große Kammer des Obersten Gerichtshofs, die mit ihrer Entscheidung vom 26. Oktober 2023 in der Rechtssache 201/5972/22 die Rechtssache zur Prüfung annahm [10]. Gleichzeitig wies das Richterkollegium der ZK des Obersten Gerichtshofs die Große Kammer des Obersten Gerichtshofs darauf hin, dass in diesem Fall ein Streit zwischen dem Antragsteller und der ZK über die Gründe für den Aufschub des Wehrdienstes während der Mobilisierung entstehen könnte. Und dieser Streit steht nicht im Zusammenhang mit dem Entstehen oder der Ausübung der Rechte und Pflichten des Klägers. Es liegt auf der Hand, dass dieser Streit den Bereich der öffentlich-rechtlichen Beziehungen betrifft und daher nicht in einem Zivilverfahren gelöst werden kann. Andererseits werden Fälle, in denen es um die Feststellung von Tatsachen von rechtlicher Bedeutung geht, in einem gesonderten Verfahren nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung der Ukraine behandelt, die sich von Verwaltungsverfahren unterscheiden. Daher sollte der SCU über die Zuständigkeit für diese Kategorie von Fällen entscheiden.

Es ist eine Schande, festzustellen, dass, während unsere Soldaten an der Front alles Mögliche und oft auch Unmögliches tun, Männer im Hinterland Wege finden, sich ihrer Pflicht zu entziehen, indem sie ihre minderjährigen Kinder benutzen, und unsere Justiz, vertreten durch einen Richter, der gegen ein beträchtliches Honorar „gerechte und humane Entscheidungen“ trifft, hilft ihnen dabei. Das Bezirksgericht der Stadt Bilhorod-Dnistrovskyi in der Oblast Odesa zum Beispiel war besonders beliebt bei Männern, die eine Scheidung anstrebten und versuchten, den Aufenthalt ihrer Kinder bei ihnen über das Gericht zu legalisieren, während sie gleichzeitig die Mobilisierung vermeiden und ins Ausland reisen konnten. Allein im Jahr 2023 hat das Gericht in dieser

Kategorie von Fällen 853 Entscheidungen zugunsten des Vaters in Bezug auf den Aufenthaltsort des Kindes getroffen. Laut Statistik hat dieses Gericht mehr als 30% der Entscheidungen des gesamten ukrainischen Justizsystems in dieser Kategorie von Fällen getroffen. Diese Informationen stammen aus einer Untersuchung des unabhängigen Antikorruptionszentrums NGL media, Dad for Martial Law, das von einem Rechtsberater einer Militäreinheit, die an Kampfhandlungen in der Südukraine beteiligt ist, kontaktiert wurde, der darauf hinwies, dass eine beträchtliche Anzahl von Soldaten seiner Einheit ein Rücktrittsschreiben mit der Begründung eingereicht hatte, dass sie nach der Scheidung von ihrem Ehepartner das alleinige Sorgerecht für ihr minderjähriges Kind behalten hätten. Es bestand der Verdacht, dass solche Scheidungen fingiert waren, da alle Entscheidungen von demselben Gericht getroffen wurden. Die Fragen sind rhetorisch: Wessen Interessen wurden in diesen Fällen vom Gericht geschützt, und wie wahrscheinlich ist es, dass ein Vater einen Minderjährigen, der zum Beispiel zwei Jahre alt ist, mitnimmt, wenn er ins Ausland geht, ohne Hoffnung auf Rückkehr?

Der Oberste Gerichtshof hat in Anbetracht der bestehenden Probleme im Zusammenhang mit der Prüfung und Lösung dieser Kategorie von Fällen während des Kriegsrechts eine Reihe von Urteilen zu Familienstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Mobilisierung und der Befreiung von der Mobilisierung erlassen, in denen er die Richter darauf aufmerksam gemacht hat, dass die Gerichtsentscheidungen nicht nur auf der Tatsache beruhen sollten, dass der Beklagte den Anspruch anerkannt hat, sondern auch auf den rechtlichen Gründen für die Erfüllung eines solchen Anspruchs.

Schlussfolgerungen. Bei der Entscheidung über die Entziehung der elterlichen Rechte der Mutter eines Kindes während des Kriegsrechts sollten sich die Gerichte von der Notwendigkeit, das Kind vor Gefahren zu schützen, und vom Nachweis der Parteien, dass eine solche Gefahr tatsächlich besteht, leiten lassen. Alle Tatsachen, die eine Vernachlässigung der Erziehung und des Unterhalts des Kindes bestätigen, müssen durch das schuldhafte Verhalten der Eltern bestätigt werden, d.h. das Gericht muss beweisen, dass die Eltern oder einer von ihnen seine elterlichen Pflichten vorsätzlich vernachlässigt hat.

Literatur

1. Сімейний кодекс України: Закон України від 10.01.2002. №2947-III. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2947-14>
2. Кондрат'єва Л.А. Особливості судового розгляду цивільних справ про відібрання дитини без позбавлення батьківських прав та позбавлення батьківських прав і примусове виконання рішень по даних справах. Цивільний та виконавчий процес: міжгалузеві зв'язки. Особливості розгляду судами певних категорій справ та виконання судових рішень. Монографія / за заг. ред. Фурси С.Я., Русецької О.О., Харитонові О.О. Київ: Алерта, 2024. С. 460–495.
3. Бичкова С. С. Виконання рішень у справах про позбавлення батьківських прав: психолого-правові проблеми. С. 200–204
4. Про мобілізаційну підготовку та мобілізацію: Закон України від 21 жовтня 1993 р. № 3543- X11 URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/3543-12#Text>
5. Про військовий обов'язок і військову службу : Закон України від 25.03.1992 р. № 2232-X11 URL: https://ips.ligazakon.net/document/T223200?ed=2022_04_14
6. Про практику розгляду судами трудових спорів: постанова пленуму Верховного Суду від 06.11.92 № 9 URL: <https://iplex360.com.ua/npa.php?doc=1077.904.0>.

7. Схема ухилення чоловіків від мобілізації через позбавлення жінок права на батьківство: що відомо <https://glavcom.ua/country/society/ukhilennja-ta-zvinnennja-vid-mobilizatsiji-vijskcom-pojasniv-riznitsju-983614.html>

8. Судові спори щодо дітей у практиці Верховного Суду у період воєнного стану : постанова Верховного Суду від 31 травня 2023 року у справі 635/5223/20 URL: https://supreme.court.gov.ua/userfiles/media/new_folder_for_uploads/supreme/2023_prezent/Prezent_Sud_sporu_ditu_.pdf

9. Особливості вирішення сімейних спорів, які виникли в умовах воєнного стану: постанова Верховного Суду від 20 лютого 2024 року. https://supreme.court.gov.ua/userfiles/media/new_folder_for_uploads/supreme/2023_prezent/Prezent_Sud_sporu_ditu_.pdf

10. Велика Палата Верховного Суду: Ухвала від 26 жовтня 2023 року у справі 201/5972/22 URL: https://verdictum.ligazakon.net/document/113815927?utm_source=jurliga.ligazakon.ua&utm_medium=news&utm_content=jl03

Anmerkung

Kondratjewa L. A. Das Sorgerecht des Vaters für Ein Kind als versuch, sich während des Krieges dem Wehrdienst zu entziehen. – Artikle.

Der Beitrag stellt normative Rechtsakte, die Praxis des Obersten Gerichts und die Positionen der Hauswissenschaftler zur Bedeutung der Prüfung und Lösung von Fällen des Entzugs der elterlichen Rechte im Hinblick auf ihre Verwendung als Grundlage für die Entlassung des Vaters aus dem Militärdienst während des Krieges vor. Nach Ansicht des Verfassers sollten gerichtliche Entscheidungen nicht nur auf die Tatsache der Anerkennung der Forderung durch den Beklagten gestützt werden, sondern auch auf die rechtlichen Gründe für die Befriedigung einer solchen Forderung, die auf unwiderlegbaren Beweisen für die Umgehung der Erfüllung der elterlichen Pflichten, insbesondere der Mutter des Kindes, beruhen. Die Beteiligung der Vormundschafts- und Vormundschaftsbehörden ist obligatorisch, wenn das Gericht Fälle des Entzugs der elterlichen Rechte prüft, um eine Entscheidung in dem Fall zu treffen, insbesondere wenn es sich um den Entzug der elterlichen Rechte der Mutter des Kindes während des Krieges handelt.

Bei der Lösung dieser Kategorie von Fällen sind die Schlussfolgerungen der Vormundschaft und der Vormundschaftsbehörde in Bezug auf die Beteiligung der Mutter an der Erziehung von Kindern sowie die Prüfung der Lebensbedingungen des Kindes und seine Meinung darüber, bei welchem Elternteil es leben möchte, von großer Bedeutung. Das Gericht kann mit der Schlussfolgerung der Vormundschaft und Vormundschaftsbefugnis nicht einverstanden sein, wenn sie unzureichend begründet ist oder dem Wohl des Kindes widerspricht. Die Beteiligung der Vormundschafts- und Vormundschaftsbehörden ist bei der Prüfung von Fällen des Entzugs der elterlichen Rechte durch das Gericht sowie bei der Bestimmung des Wohnsitzes des Kindes obligatorisch, da andernfalls die gerichtliche Entscheidung, die insbesondere auch die Frage des Wohnsitzes des Kindes geklärt hat, jedoch ohne Beteiligung der Vormundschafts- und Vormundschaftsbehörden, nicht als gerichtliche Entscheidung über die Bestimmung des Wohnsitzes des Kindes angesehen werden kann. Das Gericht sollte auch auf die Schlussfolgerungen der Vormundschafts- und Vormundschaftsbehörde in Bezug auf die Beteiligung der Mutter an der Erziehung von Kindern achten sowie die von den lokalen Selbstverwaltungsorganen durchgeführten Prüfungen der Lebensbedingungen des Kindes und die Meinung des Kindes, bei welchem Elternteil es leben möchte, berücksichtigen.

Schlagwörter: elterliche Pflichten, Entzug der elterlichen Rechte, Rechte und Interessen des Kindes, Vormundschaft und Vormundschaftsbehörden, Militärpflicht, Kriegsrecht, Entlassung aus dem Militärdienst.

Анотація

Кондрат'єва Л. А. Опіка батька над дитиною як спроба ухилитися від військової служби під час війни. – Стаття.

У статті представлені нормативно-правові акти, практика Верховного Суду, позиції вітчизняних науковців щодо важливості розгляду та вирішення справ про позбавлення батьківських прав з огляду їх використання як підстави звільнення, зокрема батька дитини, від військового обов'язку під час війни. На думку автора, в основі судових рішень повинно бути покладено не лише факт визнання позову відповідачем, але й законні підстави для

задоволення такого позову, які ґрунтуються на беззаперечних доказах ухилення, зокрема матері дитини, від виконання своїх батьківських обов'язків. Участь органів опіки та піклування є обов'язковою під час розгляду судом справ про позбавлення батьківських прав з метою гадання висновку у справі, особливо, якщо мова йде про позбавлення батьківських прав матері дитини під час війни.

Під час вирішення такої категорії справ важливе значення мають висновки органу опіки та піклування щодо участі матері у вихованні дітей а також акти обстеження умов проживання дитини та її думка, з ким із батьків вона бажає проживати. Суд може не погодитись з висновком органу опіки та піклування, якщо він є недостатньо обґрунтованим або суперечить інтересам дитини. Участь органів опіки та піклування є обов'язковою під час розгляду судом справ про позбавлення батьківських прав а також у справах про визначення місця проживання дитини, інакше рішення суду, яким, зокрема, також вирішено питання про місце проживання дитини, але без участі органів опіки та піклування, не може розцінюватись як рішення суду про визначення місця проживання дитини. Суду слід також приділяти увагу висновкам органу опіки та піклування щодо участі матері у вихованні дітей а також брати до уваги акти обстеження умов проживання дитини, що здійснюються органами місцевого самоврядування, та думку дитини, з ким із батьків вона бажає проживати.

Ключові слова: обов'язки батьків, позбавлення батьківських прав, права та інтереси дитини, органи опіки та піклування, військовий обов'язок, воєнний стан, звільнення з військової служби.